

Nützlicher Algorithmus

Zu: „Polizei wirbt in der ‚Jungen Freiheit‘“, FR-Regional vom 28. Mai

Manchmal schreibt die Wirklichkeit die treffendsten Satiren. Vorfälle und Anzeichen von rassistischen und antisemitischen Einstellungen in der hessischen Polizei wollen nicht enden. Da schafft Beuths Behörde die Spitzenleistung, in der rechten Zeitschrift „Junge Freiheit“ eine Anzeige zu platzieren, in der um Nachwuchskräfte für den Polizeidienst geworben wird. Nein, mehr geht nicht!

Alles halb so schlimm, sagt die Behörde: Der Algorithmus war's. Da jubeln Verwaltung und Politiker die Digitalisierung zur Lösung aller gesellschaftlichen Probleme hoch. Der Bürger fragt sich: Wie kann man die Rekrutierung von staatlichem Sicherheitspersonal Algorithmen übertragen? Manchmal ist eben doch menschliche Intelligenz vonnöten.

Ein Nutzen allerdings von Algorithmen ist hiermit bewiesen: Er schützt Verwaltungen und Politiker davor, Verantwortung zu übernehmen. Es könnte aber auch sein, dass ich der Lösung von Problemen durch Digitalisierung zu sehr misstrauere. Möglicherweise erfüllen die Algorithmen mittlerweile auch die Funktion eines Dr. Freud und fördern die Geister zutage, die im Hintergrund schon immer wirksam sind im Verantwortungsbereich von Minister Beuth und der hessischen Polizeiverwaltung. Dieter Reitz, Mainz

Gemischte Wohnviertel

Zu: „Dann denke ich mir: Dir zeige ich es!“, FR-Regional vom 17. Mai

Alles was Frau Heeg mit Herrn Göpfert besprochen hat, kann ich nur bejahen. Wir brauchen keine Luxusinseln! Ein Beispiel: Ich lebe in der Innenstadt zwischen neuer Altstadt und neues Degussaviertel. Unser Haus ist 1950 gebaut worden. Die Mieten werden weiter steigen, und die Alten werden verdrängt an den Rand von Frankfurt. Die Kontakte, die wir über Jahre aufgebaut haben: Kneipe, Café, Nachbarschaft, Mehrgenerationenhaus, Kaffeeklatsch usw. gehen verloren. Das baut man nicht wieder auf!

Was wir lernen müssen: Wir brauchen mehr gemischte Wohnviertel, wo wir alle – und damit meine ich alle! – leben können: bezahlbar und mit mehr Natur. „Umbau statt Neubau“. Wir brauchen mehr Bildung, Vollzeitunterricht, Treffpunkte, wo alle Menschen sich zu Gesprächen treffen können! Ein Beispiel: Bibliotheken öffentlich mehr nutzen!

Wir sind alle als Menschen auf die Welt gekommen, und so möchten wir auch behandelt werden! Auch Obdachlose und Flüchtlinge brauchen ein Heim, wo sie sich heimisch fühlen können. Inge Jackson, Frankfurt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

ZUSCHRIFTEN ONLINE

Alle Stimmen dieses Forums wurden auch online im FR-Blog veröffentlicht, der Fortsetzung des Print-Forums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20210607

Was tun für Insekten? Bronski baut seinen Garten um. Kräuter, heimische Blühpflanzen, Insektenhotels, Totholz – lesen Sie hier, was gut ist für die Insektenweide: frblog.de/garten-x

Die FDP zeigt sich von ihrer „besten“ Seite

Frankfurt: „Koalition gesucht“, „Wenn die Grünen Nein sagen, ist der Koalitionsvertrag gestorben“, FR-Regional v. 29. u. 28.5.

Die Partei flüchtet sich ins Beliebige

So völlig überraschend kommt die Ablehnung des ausgehandelten Koalitionsvertrags durch die FDP nicht. Es ist eben ein großer Unterschied, ob sich die „Oberen“ in den „Römer“-Hallen begegnen und austauschen oder ob eine Parteibasis mit tiefsten Aversionen gegen alles, was z. B. mit Umwelt-/Klimaschutz zu tun hat, abstimmt! Und in dem Vertrag stand ja einiges drin, was offensichtlich bei einem Großteil der Partei auf Ablehnung stößt. Die Differenz zwischen „Römer“ und Partei haben auch schon die Grünen vor der Wahl zu spüren bekommen: Güntersburghöfe und Kandidatenliste.

Es wäre zwar allemal ein spannendes Projekt für die kommenden fünf Jahre gewesen, dennoch, insgesamt ist die Ablehnung (was es ja allem Schönreden entgegen de facto ist) jedoch die mit Abstand beste Nachricht von der FDP seit Jahr(zehnt)en!

Alleine aus dem Interview in der FR vom 26.5. mit Dominik Rauth von den Jungen Liberalen (Julis) geht hervor, dass die FDP eher für eine Fortsetzung der destruktiven CDU-Politik der vergangenen Legislaturperiode eintreten würde. Der Hinweis auf die Finanzen/Schulden als Totschlagargument. Weshalb nicht mal konstruktiv an Neues, an Veränderungen herangehen? Nach Finanzierungsmöglichkeiten für wichtige Projekte suchen?

Interessant auch das Thema Magistratserweiterung. Die Julis fordern eine Reduzierung auf neun hauptamtliche Mitglieder. Auf die Frage von Sandra Busch, ob die FDP nicht auf einen (weshalb eigentlich nicht auf beide?)

verzichten sollte, flüchtet sich Dominik Rauth dann ins Beliebige und Ungefähre.

Um es in leicht abgewandelter Form mit Karl Kraus zu schreiben: Die FDP, die sich der Kopf der Welt düngt, die aber nur ihr Schreihals ist! Jedenfalls haben die Menschen in Frankfurt, die Stadtgesellschaft, die Stadt eine Regierungsbeteiligung der FDP wirklich nicht verdient! Und auch keine CDU-Beteiligung mit Fortsetzung der destruktiven Politik.

Otto Gebhardt, Frankfurt

Ein politischer Zwerg wird zum Riesen geadelt

„Was erlauben Rinn?“, um mit einem abgewandelten Trapattornizitat zu beginnen. Zählen wir mal zusammen: 230 690 Wähler/innen von 515 034 Wahlberechtigten haben gewählt. Bei umgerechneten kumulierten Stimmen sind dies etwa 17 532 Wähler/innen für die FDP. Das sind gerade mal 2,32 Prozent der Einwohner Frankfurts (753 056). Ich vermute, man sucht sich einen anderen Koalitionspartner.

Frau Rinn hat sicherlich auch der Bundes-FDP mit dem wiederholten „Lindnern“ einen großen Gefallen getan. Hier wird ein politischer Zwerg unberechtigterweise zum Riesen geadelt.

Ulrich Pohl, Frankfurt

Was kann man von diesem Personal anderes erwarten?

Die FDP zeigt sich wieder einmal von ihrer „besten“ Seite: Angst vor Verantwortung. Offenbar ist die FDP der Meinung, wenn sie schon so gnädig ist, eine Koalition mit anderen Parteien eingehen zu wollen, dann haben diese aber natürlich das Programm der FDP zu übernehmen, Teile reichen da offenbar nicht.

Erneut möchte die FDP lieber nicht regieren als „schlecht“ regieren, d.h. wenn nicht alles nach FDP-Spielregeln erfolgt. Nach dem Feigheitsakt im Bund, unter der Berücksichtigung der real existierenden Wahlergebnisse Verantwortung zu übernehmen, nun dasselbe Spiel auch in Frankfurt.

Aber Achtung: Zwischenzeitlich gab es noch das „Spiel“: Lieber mit der AfD regieren als gar nicht regieren – mit der Wahl von Herrn Kemmerich in Thüringen (Achtung: Satire). Und die FDP-Führung hat vor Begeisterung geklatscht und die anderen zum Mitklatschen aufgefordert.

Aber was kann man bei dem Personal anderes erwarten? Nach den Worthülsen der Westerwelles und Röslers müssen wir nun die rhetorischen Fähigkeiten eines Herrn Lindners (er könnte Eskimos Kühlschränke verkaufen, Bart macht wirklich seriöser) und die tiefgründigen Erkenntnisse seines Vizes aus dem Norden (Besserwissen ist auch Wissen, kann man Pandemie denn auch mit Paragrafen eindämmen?) ertragen. Dem „General“ Wissing kann man wenigstens mal wieder zuhören.

Da werden Erinnerungen wach: Ich war zu Zeiten des Freiburger Programms auch einmal überzeugtes FDP-Mitglied (Tübingen, Offenbach). Mit dem Wechsel von sozialliberalen Inhalten zur neoliberalen Scheinhalten haben damals viele kluge und ambitionierte Köpfe die „neue“ FDP fluchtartig verlassen – ich auch.

Ein Trost für die FDP: Die Anderen sind auch nicht alle besser.

Walter Steinkilberg, Frankfurt

Diskussion: frblog.de/lf-20210531

Mut zu mehr Demokratie

Zu: „Endlich live in der Paulskirche“, FR-Regional vom 27. Mai

Mit Erstaunen habe ich den Bericht über die „Junge Paulskirche“ gelesen. Ich frage mich, wie man eine gut gemeinte Idee derart eingeschränkt angehen und dem zugrunde liegenden Gedanken der Förderung und Stabilisierung von Demokratie zuwider handelndes Projekt konzipieren kann.

Wenn 16 Oberstufen-Schüler:innen über Demokratie, Grundgesetz und Verfassung debattieren, was wirklich löblich ist, verstehe ich nicht, warum man Schüler:innen anderer Schulformen außen vor lassen kann. Kommen sie, gesondert in einem anderen Zusammenhang, zu Wort, haben sie keine ernst zu nehmende Meinung zu diesen interessanten Themen? Bleibt so nicht ein notwendiger, überfälliger und sinnvoller Prozess der Wiederbelebung demokratischen Denkens und Handelns und die Entwicklung neuer Formen basisdemokratischen Agierens wieder nur bestimmten Personengruppen vorbehalten, die sich eh

schon politisch interessiert zeigen? Wenn es nicht gelingt, die wirklich breite Masse der Bevölkerung für diese gewaltige Aufgabe zu motivieren und Beteiligungsmöglichkeiten zu schaffen, darf man sich nicht wundern, wenn ein nicht kleiner Prozentsatz von Menschen, darunter viele der jüngeren Generation, sich von dieser Form der Demokratie nicht wahrgenommen fühlen, mit Gleichgültigkeit und Resignation von ihr abwenden. Deshalb denke ich, dass diese Themen eine grundsätzliche und eigenständige Gewichtung in der Ausbildung von Lehrer- und Erzieher:innen als auch in sämtlichen Bereichen der Bildung von Kindesbeinen an braucht, um einen alle Bevölkerungsgruppen umfassenden Austausch über die inhaltliche Gestaltung und der Weiterentwicklung unserer Demokratie zu gewährleisten und eine allumfassende Beteiligung zu garantieren. Ich wünsche mir Mut zu mehr Demokratie! Peter Düring, Frankfurt

Störende Bewegungsmelder

Zu: „Lichtsparen rettet Insekten“, FR-Regional vom 15. Mai

Ein hochinteressanter Artikel, den ich mit großer Aufmerksamkeit zur Kenntnis genommen habe. Einen besseren Begriff als die Bezeichnung Lichtverschmutzung für dieses Thema kann man sich kaum vorstellen. Die mittlerweile weit verbreiteten Bewegungsmelder verstärken die Lichtverschmutzung noch. Nicht nur das, sie sind auch eine Belästigung für die Umwelt, wenn der starke Lichtstrahl aus der näheren Umgebung, sprich Nachbarschaft, in die eigene Wohnung und – noch schlimmer – ins eigene Schlafzimmer trifft, so dass man im Schlaf gestört wird. In den meisten Fällen der Anschaltung eines solchen Gerätes wird wohl kein Einbrecher die Ursache sein, sondern eher eine streunende Katze oder ein Busch, der vom Wind bewegt wird.

An dieser Stelle möchte ich auf das Interview mit Frau Ragnhild Soerensen vom Verein Changing Cities „Die Menschen wissen, was ihr Viertel braucht“

(FR vom 18. Mai) eingehen. Schön, heutzutage hat der deutsche Bundesbürger fast jede Freiheit, auf deren Anspruch er auch gerne pocht. Er kann sich nach Belieben jederzeit, ohne jemanden fragen zu müssen, einen Bewegungsmelder mit einer extrem starken Lampe an seine Hauswand montieren. Andererseits darf er aber, der freie Bürger, in seinem Garten kein Feuerchen abbrennen, ohne sich vorher bei der Feuerwehr die Erlaubnis eingeholt zu haben. So kann man sich auch vorstellen, dass eine Behörde, vielleicht das Ordnungsamt, vor der Installation eines Bewegungsmelders überprüft, ob es später nicht zur Belästigung von Mitmenschen in der näheren Umgebung kommt, die ein Recht auf einen ungestörten Schlaf und eine gute Nacht haben.

Siehe „Tipps“ unter „Lichtsparen rettet Insekten“.

Anton Schmidt, Oberursel

Diskussion: frblog.de/garten-12